



---

**Dokumentation**

---

**Erhöhung der kommunalen Beteiligung an der Wertschöpfung durch  
Windenergieanlagen**

**Erhöhung der kommunalen Beteiligung an der Wertschöpfung durch Windenergieanlagen**

Aktenzeichen: WD 5 - 3000 - 085/18  
Abschluss der Arbeit: 5. Juli 2018  
Fachbereich: WD 5: Wirtschaft und Verkehr, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

---

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

## 1. Einleitung

Im Koalitionsvertrag vom März 2018 haben die Regierungsfractionen CDU/CSU und SPD vereinbart,

*„durch eine bundeseinheitliche Regelung beim weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien (EE) die Standortgemeinden stärker an der Wertschöpfung von EE-Anlagen [zu] beteiligen [...], ohne dass dies insgesamt zu Kostensteigerungen beim EE-Ausbau führt.“<sup>1</sup>*

Vor diesem Hintergrund listet die vorliegende Dokumentation aktuelle Veröffentlichungen auf, die sich mit der Frage auseinandersetzen, wie die Kommunen stärker an der Wertschöpfung insbesondere durch Windenergieanlagen beteiligt werden könnten.

## 2. Möglichkeiten zur Erhöhung der kommunalen Beteiligung an der Wertschöpfung durch Windenergieanlagen

- **Kahl, Hartmut/Wegner, Nils (2018).** Kommunale Teilhabe an der lokalen Wertschöpfung der Windenergie: Das Instrument einer Außenbereichsabgabe. (Noch) ein Vorschlag aus der Rechtswissenschaft. Würzburger Studien zum Umweltenergie recht. Nr. 9. Juni 2018. Link: [http://stiftung-umweltenergie recht.de/wp-content/uploads/2018/06/Stiftung\\_Umweltenergie recht\\_WueStudien\\_09\\_Au%C3%9Fenbereichsabgabe.pdf](http://stiftung-umweltenergie recht.de/wp-content/uploads/2018/06/Stiftung_Umweltenergie recht_WueStudien_09_Au%C3%9Fenbereichsabgabe.pdf) (letzter Abruf: 5. Juli 2018).

Die Studie der *Stiftung Umweltenergie recht*<sup>2</sup> setzt sich detailliert mit zahlreichen aktuell von Praxis und Wissenschaft vorgeschlagenen Konzepten zur Steigerung der kommunalen Beteiligung an der Wertschöpfung durch Windenergieanlagen auseinander. Diese werden erläutert und auf ihre rechtliche Zulässigkeit hin untersucht. Darüber hinaus entwickeln die Autoren der Studie ein eigenes Modell, das ausführlich dargestellt und diskutiert wird.

- **Deutscher Städte- und Gemeindebund (2018).** Energiewende: Akzeptanz und kommunale Wertschöpfung stärken. Pressemitteilung Nr. 23-2018 vom 15. Juni 2018. Link: <https://www.dstgb.de/dstgb/Homepage/Aktuelles/2018/Energiewende%3A%20Akzeptanz%20und%20kommunale%20Wertsch%C3%B6pfung%20st%C3%A4rken/> (letzter Abruf: 5. Juli 2018).

Die Pressemitteilung des Deutschen Städte- und Gemeindebunds (DStGB) nimmt Bezug auf die Tagung des DStGB-Ausschusses für Finanzen und Kommunalwirtschaft, der sich ebenfalls mit der Frage nach der Steigerung der kommunalen Beteiligung an der Wertschöpfung durch Windenergieanlagen auseinandergesetzt hat. In diesem Zusammenhang

---

1 Bundesregierung (2018). Ein neuer Aufbruch für Europa – Eine neue Dynamik für Deutschland – Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Koalitionsvertrag CDU, CSU und SPD vom 12. März 2018. 19. Wahlperiode. S. 73. Link: <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Anlagen/2018/03/2018-03-14-koalitionsvertrag.pdf;sessionid=87F22C1A0F1D47A710F96FF1D10DBB56.s5t1?blob=publicationFile&v=6> (letzter Abruf: 05.07.2018).

2 Informationen zu dieser Stiftung finden sich auf deren Internetseite. Link: <http://stiftung-umweltenergie recht.de/> (letzter Abruf: 05.07.2018).

---

schlägt der DStGB vor, die rechtlichen Vorgaben für die Gewerbesteuer mit dem Ziel zu verändern, die Standortgemeinden in stärkerem Maße an der Wertschöpfung der Windenergieanlagen zu beteiligen.

- **Agora Energiewende (2018).** Wie weiter mit dem Ausbau der Windenergie? Zwei Strategievorschläge zur Sicherung der Standortakzeptanz von Onshore Windenergie. Studie. Januar 2018. Link: [https://www.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2017/Akzeptanz\\_Windenergie/Agora\\_Akzeptanz\\_Onshore\\_Windenergie\\_WEB.pdf](https://www.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2017/Akzeptanz_Windenergie/Agora_Akzeptanz_Onshore_Windenergie_WEB.pdf) (letzter Abruf: 7. Juli 2018).

Diese Studie gliedert sich in drei Teile. Der erste Teil widmet sich allgemeinen politischen Erwägungen im Zusammenhang mit dem weiteren Ausbau der Windenergie an Land. Dabei betonen die Autoren auch die Möglichkeit, dass durch die stärkere Beteiligung von Standortkommunen an der Wertschöpfung der Windenergieerzeugung die Akzeptanz für den weiteren Windenergieausbau innerhalb dieser Gemeinden gesteigert werden könnte. Der zweite Teil der Studie, der im Auftrag der Agora Energiewende erstellt wurde, widmet sich den *Ausgestaltungsoptionen und –empfehlungen zur finanziellen Beteiligung von Kommunen beim Ausbau von Windenergieanlagen an Land*.<sup>3</sup> Der dritte Teil der Studie erläutert die immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen und benennt konkrete Defizite und Verbesserungsvorschläge.<sup>4</sup>

- **Wirtschaftsministerkonferenz (2017a).** Bundeseinheitliche Regelung zur finanziellen Beteiligung von Kommunen an Windenergieanlagen. Bericht des Ministeriums für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg zur Amtschefkonferenz am 5. Dezember 2017. Link: <https://www.wirtschaftsministerkonferenz.de/WMK/DE/termine/Sitzungen/17-12-05-termin-ack.html?nn=4812664> (letzter Abruf: 5. Juli 2018).

Auch die Amtschefkonferenz der Wirtschaftsministerkonferenz setzte sich im Dezember 2017 mit der Frage auseinander, wie Kommunen – insbesondere aus Gründen der Akzeptanzsteigerung für den weiteren Ausbau – stärker an der Wertschöpfung durch Windenergieanlagen beteiligt werden könnten. Zu diesem Zweck referiert der Ministeriumsbericht zum einen den Status quo der finanziellen Beteiligung der Standortkommunen und zum anderen die in den Bundesländern bereits bestehenden Maßnahmen zur Akzeptanzsteigerung. Darüber hinaus wird eine Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2017)<sup>5</sup> mit dem Ziel vorgeschlagen, Betreiber zukünftiger Windkraftanlagen dazu zu verpflichten, eine *Sonderabgabe* in Höhe von 0,1 Cent je eingespeister Kilowattstunde Strom an die betroffenen Kommunen zu zahlen.

---

3 Agora Energiewende (2018). A. a. O. S. 27 ff.

4 Agora Energiewende (2018). A. a. O. S. 95 ff.

5 Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien vom 21.07.2014, BGBl. I S. 1066; zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.06.2018, BGBl. I S. 862.

---

Aufbauend auf diesem Bericht heißt es im entsprechenden Beschluss der Wirtschaftsministerkonferenz dazu:

*„Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen eine bundeseinheitliche Regelung möglich ist, nach der Kommunen im Umfeld künftiger Windenergieprojekte finanzielle Vorteile aus den Windenergieanlagen erhalten können. Hierbei sind insbesondere gewerbesteuerrechtliche Optionen einzubeziehen.“<sup>6</sup>*

- **Kunze, Sebastian (2017)**. Partizipation der Städte und Gemeinden an der Wertschöpfung aus erneuerbaren Energien. Präsentation des Städte- und Gemeindebunds Brandenburg im Rahmen der 26. Windenergietage vom 7. – 9. November in Warnemünde. Link: <https://windenergietage.de/2017/programm/> (letzter Abruf: 5. Juli 2018).

Ausgehend von Daten aus Brandenburg stellt die Präsentation das Konzept und mögliche konkrete Wirkungen einer *Konzessionsabgabe für Stromeinspeisung* vor, das zu einer stärkeren Beteiligung der Standortkommunen an der Wertschöpfung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien führen soll.

\* \* \*

---

6 **Wirtschaftsministerkonferenz (2017b)**. Beschlussammlung der Wirtschaftsministerkonferenz aufgrund der Amtschefkonferenz am 5. Dezember 2017 in Berlin. Punkt 5.3 der Tagesordnung. S. 33. Link: [https://www.wirtschaftsministerkonferenz.de/WMK/DE/termine/Sitzungen/17-12-05-ACK/17-12-05-beschluesse.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.wirtschaftsministerkonferenz.de/WMK/DE/termine/Sitzungen/17-12-05-ACK/17-12-05-beschluesse.pdf?__blob=publicationFile&v=2) (letzter Abruf: 05.07.2018).